DIE TIROLER STRASSENZEITUNG

20er

3,40 €

FLUCHT

Im Sommer 2015 suchte mehr als eine Million Menschen Schutz in Europa. Was damals geschah und wie es bis heute nachwirkt.

JUNI 2025 NR. 265 3,40 € • 1,70 € für die Verkäuferin / den Verkäufer

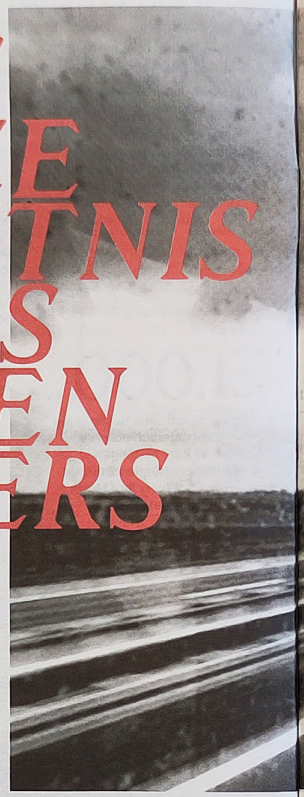
Kurzes Gedächtnis eines langen Sommers
Was im Fluchtsommer 2015 in Tirol geschah.
S 6

2015 und 2025: Es gibt starke Parallelen
Migrationsforscherin Judith Kohlenberger über die Nachwirkungen des Fluchtjahres 2015.
S 8

Blick, der verändert
Der Fotojournalist Klaus Petrus und seine Bilder vom Balkan.
S 10

Land in der Schwebe
Wie geht es in Syrien weiter?
S 15

DAS KURZE GEDÄCHTNIS EINES LANGEN SOMMERS



Mehr als eine Million Menschen suchte 2015 in Europa Schutz. Was ist aus ihnen geworden und wie hat der „Fluchtsommer" 2015 die Gesellschaft geprägt? Eine Spurensuche in Tirol.

Text: IVONA JELČIĆ

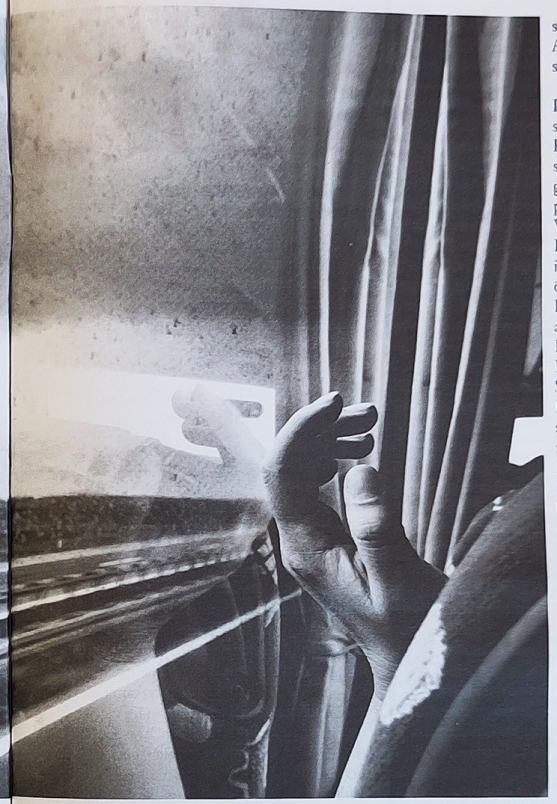
Banu N.* hatte zuerst keine Ahnung, worum es geht, als einer ihrer beiden Söhne vor ein paar Wochen angelaufen kam und aufgeregt „Mama, wir haben gewonnen!" rief. Als er ihr dann erklärte, dass Österreich den Song Contest für sich entschieden hatte, wurde ihr bewusst, wie viel das kleine Wörtchen „wir" bedeuten kann. Es heißt auch, sich zugehörig zu fühlen.

Banu N., die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will, stammt aus Afghanistan, wo es für sie als Frau und als Angehörige der Minderheit der Hazara kein Leben in Freiheit gibt. Auf ihrer langen Flucht vor Krieg, Verfolgung und Unterdrückung strandet sie zuerst im Iran, bevor sie 2015 mit ihrer Familie in Richtung Europa aufbricht. Banu ist damals 27, ihre Söhne acht und fünf Jahre alt. 35 Tage lang sind sie unterwegs, legen gewaltige Fußmärsche zurück, bevor sie am 27. Juni 2015 in Österreich ankommen.

Zehn Jahre ist das nun her, Banu N. hat seither zwei Ausbildungen gemacht, Deutsch gelernt, ihre Kinder großgezogen. Heute arbeitet sie im Onlinehandel-Management einer Modekette, lebt in einem Vorort von Innsbruck und sagt: „Ich habe großes Glück gehabt, gute Menschen kennengelernt und viel Unterstützung bekommen." Sie sagt auch: „Ich will nicht in einem Gefängnis namens Hijab leben. Ich entscheide selbst, was ich anziehe, mit wem ich Kontakt habe, wohin ich essen gehe. Ich gehöre niemandem, ich will akzeptiert werden, wie ich bin."

> „Ich gehöre niemandem, ich will akzeptiert werden, wie ich bin."
>
> BANU N.

Spontane Hilfe.
2015, nach knapp einer Woche im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen, gelangt die Familie mit einem Flüchtlingstransport nach Tirol. Es ist eine von vielen Ängsten begleitete Fahrt: „Wir wussten nicht, wohin wir kommen, und waren die letzten, die aus dem Bus ausgestiegen sind." Als sie schließlich in Oberperfuss eintreffen, fühlt sich N. an ihre Kindheit erinnert: „Ich komme auch aus einem Dorf, das in den Bergen liegt." Viel wichtiger ist aber, dass es in der 3.000-Seelen-Gemeinde Menschen gibt, die bereit sind, zu helfen und Patenschaften für geflüchtete Menschen zu übernehmen. Bis heute hat N. engen Kontakt mit ihrer Patenfamilie und mit Freunden und Vertrauten. Zu ihnen zählt auch Elisabeth Schatz. Die 80-Jährige, der man ihr Alter kaum glauben mag, arbeitet bis heute als ehrenamtliche Begleiterin von asylsuchenden Menschen und engagiert sich in der Theatergruppe Infektiös, die das Thema Flucht und Asyl auch an Schulen vermittelt. Sie erinnert sich noch gut an die Dorfversammlung, die in Oberperfuss einberufen wurde, als dort Anfang 2015 ein leerstehendes Ferienapartment-Haus zur Flüchtlingsunterkunft umfunktioniert werden sollte. „Da ist es ziemlich lebhaft zugegangen, aber es war auch wichtig, dass alle ihre Meinung sagen können." Noch am selben Abend hätten sich einige Leute spontan bereiterklärt, zu helfen.



Auf der Suche nach einer besseren Zukunft flüchtete 2015 über eine Million Menschen nach Europa.
© Klaus Petrus

Das war Monate vor den dramatischen Ereignissen im Sommer und Herbst 2015, die als „Flüchtlingskrise" in die jüngere Geschichte eingegangen sind, aber von Migrationsexpertinnen und -experten viel eher als Versorgungskrise bezeichnet wird. Denn dass im Süden Europas etwas in Bewegung gerät, war (auch) für die österreichischen Behörden absehbar. Lange bevor im Hitzesommer 2015 am 26. August die Leichen von 71 Flüchtlingen in einem auf der A4 bei Parndorf im Burgenland abgestellten Schlepper-Lkw gefunden wurden. Lange bevor sich im September tausende Schutzsuchende auf den sogenannten „Marsch der Hoffnung" von Budapest entlang der Autobahn Richtung österreichischer Grenze begaben. Lange bevor im Oktober auch im steirischen Spielfeld tagtäglich tausende Flüchtlinge bei bitterer Kälte zu Fuß und spärlich bekleidet ankamen.

Bereits in den Jahren zuvor hatte sich abgezeichnet, dass immer mehr Flüchtlinge versuchen, sich über das Mittelmeer nach Europa zu retten. Noch bevor die sogenannte Balkanroute im Osten Österreichs in den Fokus der Öffentlichkeit geriet, stieg in Tirol die Zahl der sogenannten „Aufgriffe" – also die Zahl jener Menschen, die bei Kontrollen als illegal eingereist identifiziert wurden – ab 2012 sprunghaft an. Über den Brenner kamen sie fast ausschließlich in Zügen, die ab 2014 verstärkt kontrolliert wurden. Auf den Tickets, die die Menschen in der Hand hielten, stand meistens „München". Wer in Tirol von der Polizei gestoppt wurde und keinen Asylantrag stellte, wurde damals in der Regel direkt wieder auf den Brenner gebracht – und dort sich selbst überlassen. Zugleich wurde der Ton zwischen Italien, Österreich und Deutschland zunehmend rauer, in Berlin stieg die Nervosität, in Italien die Überforderung. Ab Ende 2014 gingen schließlich Beamte der drei Staaten auf gemeinsame Zugstreifen. Sie stiegen in Trient ein und holten Flüchtlinge in Bozen aus dem Zug, um sie erst gar nicht über den Brenner kommen zu lassen.

> „Natürlich war es auch eine Herausforderung und ich war oft auch streng und lästig."
>
> ELISABETH SCHATZ

Ganz Österreich steckte zu diesem Zeitpunkt längst in einer Debatte über unerfüllte Flüchtlingsquoten in den meisten Bundesländern. In vielen Gemeinden stieß die Schaffung von dringend notwendigen Unterkünften auf massiven Widerstand.

Transitland Tirol.
Auch in Oberperfuss habe es Gerede gegeben, als 2015 die ersten Flüchtlinge im Dorf eintrafen, sagt Elisabeth Schatz. „Die gehen jetzt mit unserem Geld einkaufen", war im Supermarkt zu hören, am Stammtisch fielen ähnliche Sätze. Doch es sei gelungen, zu einem Miteinander zu finden. „Die Gemeinde hat sich ganz bewusst dahinter gestellt. Der Kindergarten und die Schule waren eingebunden, das war strukturell wichtig." Schatz ist eine Frau, die für ihre Ideale eintritt, sie ist aber auch Realistin. Ob das, was vor zehn Jahren in Oberperfuss gelungen ist, heute noch funktionieren würde, wagt sie zu bezweifeln. Der Wind hat sich seither massiv gedreht und weit nach rechts geblasen.

2015 springt die Zivilgesellschaft dort ein, wo der Staat zu versagen droht. In Tirol gehören im Frühjahr vor zehn Jahren Flüchtlinge in Zügen Richtung Deutschland längst zum Alltag. 10.268 illegal eingereiste Schutzsuchende werden in diesem Jahr im Bundesland letztlich erfasst, von denen aber nur 2.210 einen Asylantrag stellen. Tirol bleibt Transitland. Im September 2015 werden von Deutschland am Autobahngrenzübergang Kiefersfelden/Kufstein zwischen Bayern und Tirol Kontrollen eingeführt – und seither immer wieder verlängert.

Für Banu N. steht das Jahr 2015 für einen Neubeginn, bei dem ihr auch der Umstand geholfen hat, dass sie damals in Oberperfuss einen Sprachkurs besuchen konnte. Mit zwei kleinen Kindern sei es für sie nur schwer möglich gewesen, dafür nach Innsbruck zu fahren. 2015 steht jedoch auch für vieles andere: für eine Phase der Willkommenskultur und der geöffneten Grenzen, für die daraufhin rasch gekippte Stimmung, für Zäune und Zäsuren wie die Silvesternacht in Köln, in der es zu sexuellen Übergriffen kam, für den Weg zu einer immer restriktiveren Migrationspolitik, die den öffentlichen Diskurs bis heute bestimmt.

Erinnern.

Es sind auch diese Widersprüche, denen das Erinnerungsprojekt „Remembering 2015" Raum geben wolle, sagen Christina Hollomey-Gasser und Andrea Possenig-Moser vom Tiroler ZeMiT (Zentrum Migration Integration Teilhabe). Sie haben „Remembering 2015" gemeinsam mit Helga Ramsey-Kurz vom Institut für Anglistik der Universität Innsbruck initiiert. Es gehe darum, persönliche Erfahrungen auszutauschen, miteinander ins Gespräch zu kommen und auch Geschichten zu sammeln, die ins Dokumentationsarchiv Migration Tirol (DAM) einfließen. Ramsey-Kurz hat bereits 2017 ein Projekt initiiert, bei dem Studierende gemeinsam mit Geflüchteten Geschichten niederschreiben und das mit der britischen Initiative „Refugee Tales" vernetzt ist. Im Rahmen von „Remembering 2015" werden in den kommenden Monaten unterschiedliche Veranstaltungen und Formate realisiert, die auch in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern entstehen. Einer dieser Künstler ist Mamal Kianipur, der 2015 aus dem Iran nach Österreich geflohen ist und heute in Innsbruck Architektur studiert. Die ersten Monate in der zur Flüchtlingsunterkunft umfunktionierten Tennishalle in Innsbruck seien geprägt gewesen von der Erleichterung, es geschafft zu haben, aber auch von der Ernüchterung, nicht arbeiten zu dürfen, erzählt er. Kianipur begann, sich in der Freiwilligenarbeit zu engagieren, hat Kontakte zur Kulturszene geknüpft und arbeitet an einem Kunstprojekt, das auf den Handyvideos basiert, die während seiner Flucht entstanden sind.

„Remembering 2015" war zuletzt auch Teil des Innsbrucker Journalismusfests, wo unter anderem darüber gesprochen wurde, wie groß gerade bei diesem Thema oftmals die Kluft zwischen Realität und Rhetorik ist. „2015 darf sich nicht wiederholen" ist ein Stehsatz, den Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher Couleur bis heute unablässig wiederholen. Der Blick in die Statistik zeigt, dass die Zahl der Asylanträge 2022 mit rund 112.000 bereits weit höher war als 2015. Allerdings, so Lukas Gahleitner-Gertz von der Asylkoordination Österreich, müsse man sich auch diese Zahlen genau anschauen: 2022 seien zwar sehr viele Personen registriert worden, aber auch sehr viele Personen weitergereist. „Während durchschnittlich in den letzten Jahren zwischen zehn und 20 Prozent weitergereist sind, waren es 2022 und 2023 fast die Hälfte aller Antragstellenden. Das konterkariert sehr stark die Pullfaktor-Erzählung." Sprich der Erzählung, Menschen würden durch bestimmte Anreize angezogen werden.

Als die von den Tiroler Sozialen Diensten (TSD) betriebene Flüchtlingsunterkunft in Oberperfuss nach sechs Jahren wieder geschlossen wurde, wurde im Ort erneut ziemlich lebhaft diskutiert. Elisabeth Schatz und viele andere ehrenamtliche Begleiterinnen und Begleiter protestierten gegen die Schließung, 2021 wurde trotzdem zugesperrt. Schatz ist überzeugt, dass die Erfahrungen in Oberperfuss auch für die Dorfgemeinschaft wichtig waren. Dass „alles eitel Wonne war", will sie deshalb aber nicht behaupten. „Natürlich war es auch eine Herausforderung und ich war oft auch streng und lästig." Sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch geflüchtete Menschen hätten eine Verantwortung, sagt Schatz. „Und es geht um die menschliche Fähigkeit, einander in dieser Verschiedenheit zu ertragen. Das ist der Kern."

*Name der Redaktion bekannt

www.zemit.at/projekte/tki-25-remembering-2015

2015 UND 2025: ES GIBT STARKE PARALLELEN

Migrationsforscherin Judith Kohlenberger spricht mit dem 20er über die Nachwirkungen des Fluchtjahres 2015, aktuelle „Grenzspektakel" und Versäumnisse der Vergangenheit.

Interview: IVONA JELČIĆ

© Judith Kohlenberger

Judith Kohlenberger

Judith Kohlenberger ist Kulturwissenschaftlerin und Migrationsforscherin am Institut für Sozialpolitik der WU Wien. Sie war im Herbst 2015 an einer der europaweit ersten Studien zur großen Fluchtbewegung beteiligt. In ihrem jüngsten Buch „Gegen die neue Härte" analysiert sie, wie die restriktive Flüchtlingspolitik Gesellschaften verrohen lässt.

Wie hat der Fluchtsommer des Jahres 2015 Österreich geprägt?

Judith Kohlenberger: Er hat ganz Europa geprägt, auch demografisch. Österreich und viele andere Aufnahmeländer waren schon vor 2015 Einwanderungsgesellschaften und hatten einen hohen Diversitätsgrad. Seit 2015 hat das noch einmal zugenommen und Menschen aus neuen Herkunftsländern, die in Österreich zuvor nicht so relevant waren, kamen hinzu, beispielsweise aus Syrien, Afghanistan, Irak. Auf politischer Ebene haben Rechtspopulisten schnell erkannt, dass sich Themen wie Flucht und Asyl gut für eigene Zwecke instrumentalisieren lassen. Das Gefährliche daran ist aber, dass diese Parteien nicht an Lösungen, sondern vielmehr an der Bearbeitung und Kultivierung des Problems interessiert sind, weil man damit Stimmung machen und Wahlen gewinnen kann.

Sie haben den Umgang mit Schutzbedürftigen einmal als Lackmustest für europäische Demokratien bezeichnet. Wie ist das zu verstehen?

Die europäische Migrationspolitik ist seit 2015 sehr viel restriktiver geworden. Mit Blick auf die Außengrenzen muss man festhalten, dass es nicht nur zu zahlreichen Verschärfungen gekommen ist. Vielmehr sind sie – provokant formuliert – zu einem rechtsfreien Raum geworden. Diese Entwicklungen wirken aber auch nach innen, machen Gesellschaften intoleranter und radikaler und lassen autoritäre und illiberale Tendenzen erstarken.

2015 gab es auch in Österreich eine große Welle an Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Zivilbevölkerung, während die staatlichen Systeme vor dem Kollaps standen. Die großen Fluchtbewegungen waren aber eigentlich vorhersehbar. Warum war die Politik so schlecht darauf vorbereitet?

Es hat sich damals vorrangig um eine Krise der verantwortlichen Regierungen und der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten gehandelt. Und man muss sagen: Dieses Spiel wiederholt sich. Wir sehen das auch bei der aktuellen Frage der Familienzusammenführung. Sie war in ähnlicher Weise vorhersehbar und planbar, gerade weil wir 2022 noch einen größeren Anstieg der Asylanträge hatten als 2015 und, wenig überraschend, in den Jahren danach, also 2023/24, die Familienmitglieder nachgekommen sind.

Über kaum ein anderes Thema wird so emotionsgeladen und zugleich so wenig faktenbasiert debattiert wie über Flucht und Asyl. Warum ist das so?

Ich bin Sozialwissenschaftlerin genug, um zu wissen, dass uns Emotionen dort erreichen, wo es Fakten nie hinschaffen. So ist der Mensch. Wenn man versucht, anhand von Zahlen und Fakten zu argumentieren, hat man einen gewissen Nachteil gegenüber jenen, die auf der Gefühlsebene arbeiten, wie es etwa die Populisten tun. Diese Erfahrung musste die Klimaforschung schon vor 20 Jahren machen. Dennoch müssen wir Wege finden, um die immer weiter aufgehende Kluft zwischen dem empirisch gesicherten Stand des Wissens aus der Migrationsforschung und der Migrationsdebatte in der Öffentlichkeit zu schließen. Wir haben derzeit so niedrige Asylantragszahlen in Europa wie seit vielen Jahren nicht mehr. Umso faszinierender ist es, was derzeit an Zeit, Energie und auch Unionsrechtsbrüchen in Kauf genommen wird, um das zu erzielen, das wir in der Forschung als „Grenzspektakel" bezeichnen.

Sie spielen auf die zuletzt von Deutschland eingeführten verschärften Grenzkontrollen an. Ist das reine Showpolitik?

Die Asylantragszahlen sind in ganz Europa seit längerer Zeit stark rückläufig, unabhängig von den erst vor kurzem eingeführten Grenzkontrollen. Die empirische Migrationsforschung zeigt, dass Grenzkontrollen nicht den Effekt haben, den man sich von ihnen erhofft. Die Einzigen, die davon profitieren, sind die Schlepper, denn die finden Wege, um die Kontrollen zu umgehen, und das schlägt sich in ihren Preisen nieder. Das ist also vor allem eine Politik, die sich an die eigene Bevölkerung richtet und ein hartes Durchgreifen demonstrieren will. Denn kaum jemand will die unbequeme Wahrheit aussprechen: Irreguläre Migration wird man nie auf null bringen können. Aber finden Sie einmal einen Politiker, der sich traut, das zu sagen. Da wird lieber versprochen, hart durchzugreifen und dann kommt niemand mehr. Oder die Balkanroute zu schließen, die nie geschlossen war.

> „Uns holen Versäumnisse der Vergangenheit ein."

Dass Einwanderungsgesellschaften vor großen Herausforderungen stehen, ist nicht von der Hand zu weisen, und das betrifft viele Menschen auch in ihrem Lebensalltag, etwa an Wiener Schulen, an denen es überproportional viele Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen gibt. Warum gelingt es hier nicht, Lösungen zu finden?

Wir haben das Problem mangelnder Deutschkenntnisse allerdings nicht nur bei neu ankommenden Flüchtlingskindern, sondern auch bei vielen Kindern aus der zweiten, dritten Generation, die in Österreich geboren oder aufgewachsen sind. Da holen uns Versäumnisse der Vergangenheit ein. Jahrzehntelang gab es gar keine Integrationspolitik, weil sich Österreich ja lange Zeit gar nicht als Einwanderungsland gesehen hat. Ein Fehler war, dass man auf die Frauen vergessen hat. Sie wurden als Anhängsel der Gastarbeiter betrachtet, verpflichtende Deutschkurse gab es nicht, weil man die Leute ja eigentlich gar nicht integrieren wollte. Nun wissen wir aber, dass die Bildung der Kinder ganz stark vom Bildungsgrad der Mutter abhängt. Und das setzt sich eben in die zweite, dritte Generation fort. Gleichzeitig müsste man sich mit der Frage beschäftigen, ob die Schulen ausreichend auf die Anforderungen einer Migrationsgesellschaft vorbereitet und entsprechend ausgestattet worden sind, um mit Vielfalt umgehen zu können. Auch hier hat man jahrzehntelang so getan, als müsste man sich nicht darum kümmern. Es ist wichtig, dass man die Belastung der Schulen wahr- und ernst nimmt, aber nicht nur zum Zweck der populistischen Stimmungsmache.

Was fällt der Migrationsforscherin beim Vergleich der Jahre 2015 und 2025 auf?

Ich sehe schon starke Parallelen: Die Vereinigten Staaten fahren gerade sämtliche Entwicklungshilfegelder zurück, der UNHCR bezieht aber 42 Prozent seiner Mittel aus den USA und hält damit unter anderem die großen Flüchtlingslager im Globalen Süden aufrecht, in denen der größte Anteil aller Flüchtlinge weltweit untergebracht ist. Wenn dort die Versorgung zusammenbricht, dann hat man eine sehr ähnliche Situation wie in den syrischen Nachbarländern im Frühsommer 2015, als das Welternährungsprogramm ein Drittel seiner Zahlungen gekürzt hat. Davon waren diese Lager unmittelbar betroffen und das hat dann als einer von vielen Faktoren dazu geführt, dass sich viele Menschen auf den Weg gemacht haben. Leider hat man aus diesen Erfahrungen nicht gelernt.

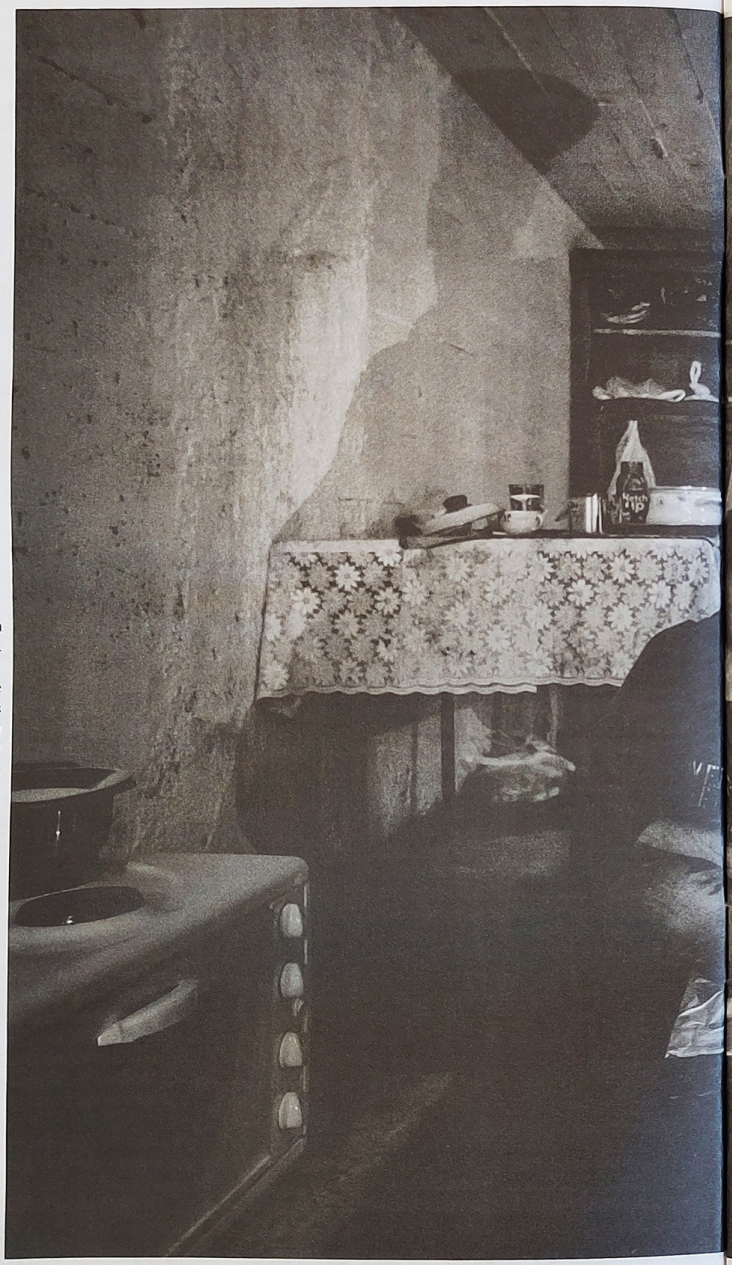
Vielen Dank für das Gespräch.

JUNI 2025
NR. 265

BLICK, DER VERÄNDERT

Mit seinen Fotos vom Balkan erzählt der Schweizer Fotojournalist Klaus Petrus Fluchtgeschichten abseits von Denkschablonen.

Fotos: KLAUS PETRUS



Klaus, du hast vor kurzem dein Buch „Spuren der Flucht" veröffentlicht. Wie ist es entstanden?

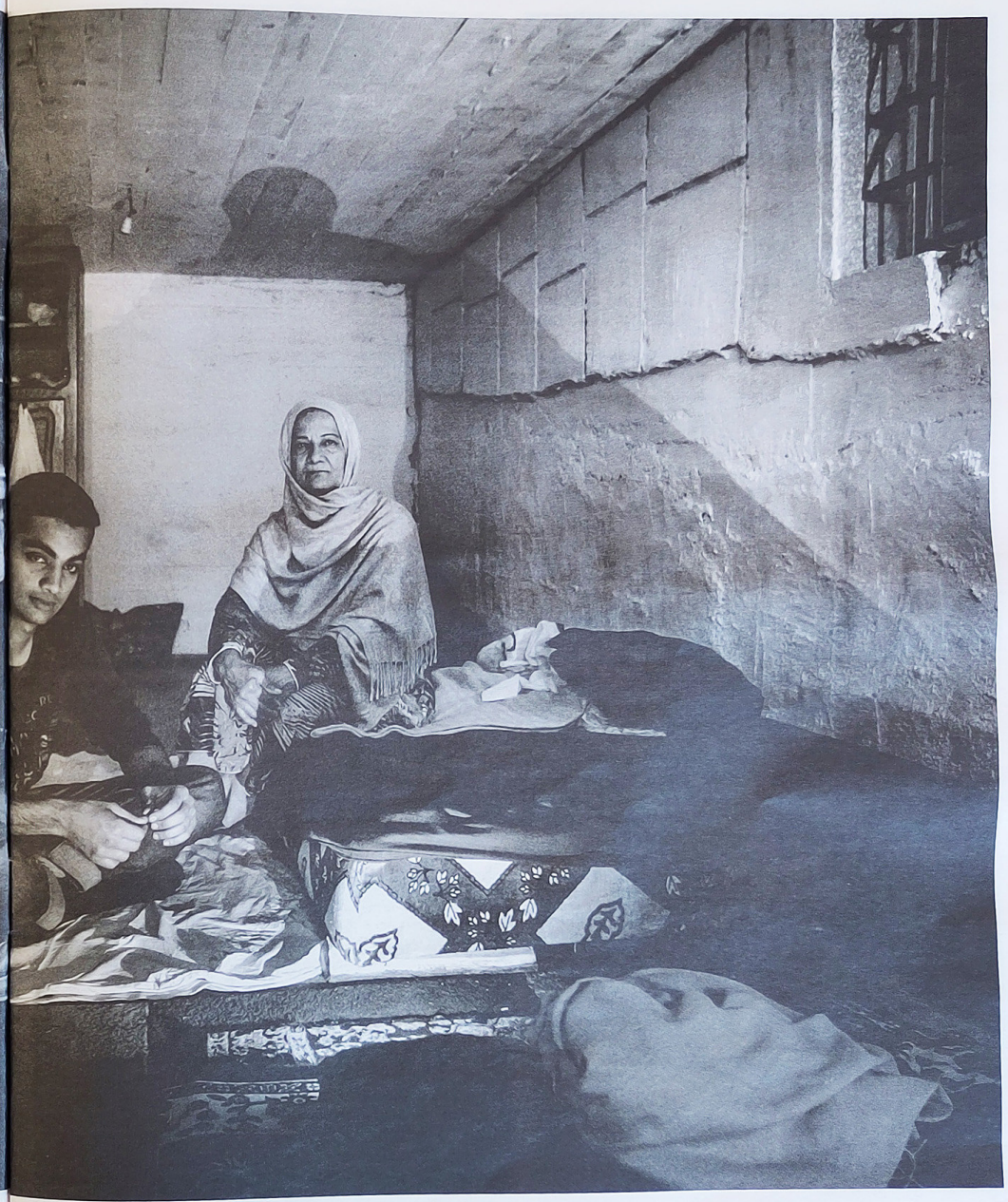
Klaus Petrus: Das Projekt hat sich erst im Laufe der Zeit ergeben. Zwar wusste ich schon früh, dass mich diese Fluchtwege quer durch den Balkan lange begleiten würden – zeitweise war ich alle zwei, drei Monate vor Ort –, aber dass nach acht Jahren ein Buch daraus wird, das wusste ich am Anfang des Unterfangens noch nicht.

Was bewog dich dazu, dieses Projekt zu verfolgen?

Eine Motivation, die sich durch all die Jahre hindurch gehalten hat, bestand darin, an den gängigen Bildern von Geflüchteten, die sich in unseren Köpfen festgesetzt haben, ein wenig zu rütteln oder sie durch andere, weniger erwartbare Bilder zu ersetzen. Auch aus diesem Grund begann ich mit der Zeit, den Alltag der Geflüchteten entlang der EU-Außengrenzen zu dokumentieren. Herausgekommen sind Bilder von Menschen, die so etwas wie Normalität in ihr Leben zu bringen versuchen.

Welcher Moment ist oder welche Momente sind dir besonders in Erinnerung geblieben?

Davon gibt es viele. Besonders prägend sind für mich die Geschichten von Geflüchteten, die viele Monate, teils Jahre in der Grauzone entlang der Grenzen leben mussten, die nicht vorwärtskamen, aber auch nicht mehr zurückkonnten. Ihnen bin ich über die Zeit hinweg immer wieder begegnet.



Samira und Abdullah in einem Keller eines Hauses im bosnischen Grenzort Velika Kladuša, nahe der kroatischen Grenze, 2021.

Wie der 70-jährigen Samira und ihrem Enkel Abdullah. Ich habe sie in Bosnien getroffen, mal lebten sie in einem Keller, mal in einem verfallenen Haus, mal irgendwo in den Wäldern. Und wieder und wieder versuchten sie, die Grenze zu Kroatien zu überqueren – vergebens. Am Ende ging Abdullah allein über die Grenze, er lebt inzwischen in Deutschland. Seine Großmutter Samira musste nach Pakistan zurückkehren.

Inwiefern willst du die Geschehnisse weiterverfolgen? Gibt es schon ein neues Projekt?
Ich arbeite immer noch zu Themen der Migration, wenn ich auch derzeit weniger Zeit auf dem Balkan verbringe. Zudem denke ich gerade über ein Buch über Armut in der reichen Schweiz nach.

Interview: JAKOB HÄUSLE, EVA SCHWIENBACHER

© Gabriela Christen

Klaus Petrus

Seit 2016 dokumentiert der Fotojournalist und Redakteur des Schweizer Strassenmagazins Surprise Klaus Petrus Fluchtrouten quer durch den Balkan in die EU-Staaten und die Schweiz. Dabei interessiert er sich vor allem für die Migrantinnen, die außerhalb der Flüchtlingslager in verfallenen Häusern, leerstehenden Lagerhallen oder in Wäldern leben und von dort aus auf eigene Faust oder mit Hilfe von Schleppern versuchen, die Grenze zu überqueren. Petrus gehörte zu den ersten Journalisten, welche die systematische Gewalt der Grenzpolizei gegen Geflüchtete dokumentierten.

Auf seinen Reisen – insgesamt war er zwei Dutzend Mal auf dem Balkan – begann Petrus, zunehmend den Alltag der Geflüchteten zu dokumentieren. Entstanden sind Bilder, die weniger den „Flüchtling" als viel mehr den Menschen in all seinen Facetten in den Vordergrund stellen. Und sie handeln von den Orten, and denen die Geflüchteten über Wochen, Monate, teils sogar Jahre leben und die so zu ihrem „Zuhause" werden, sowie von den Gegenständen, die die Menschen zurücklassen müssen – und die so ebenfalls zu Zeugnissen der Flucht werden. Aus diesem Langzeitprojekt ist jetzt sein Buch „Spuren der Flucht" entstanden.

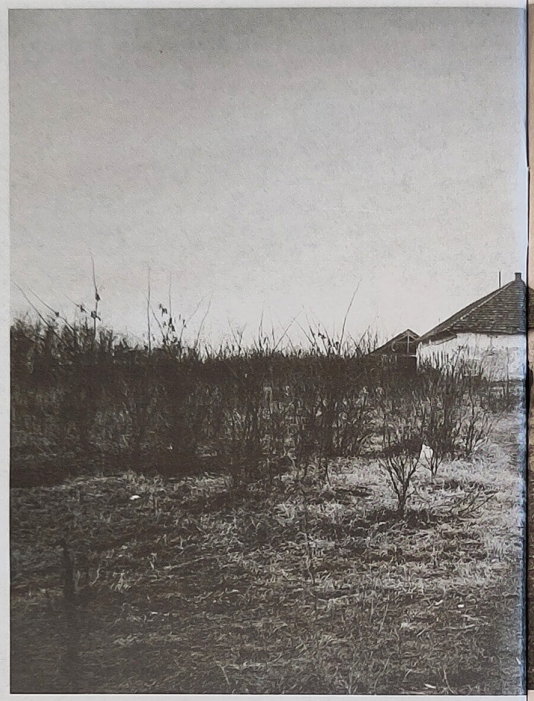
Klaus Petrus beschäftigt sich mit Armut, Ausgrenzung, Migration und Krieg und berichtet als Reporter und Fotojournalist aus der Schweiz, dem Balkan, Nahost sowie Subsahara-Afrika. Sein letztes Buch „Am Rand" (Christoph Merian Verlag, 2023) handelt von Menschen am Rande der Schweizer Gesellschaft.

Text: aus Surprise (CH) Jänner/Februar

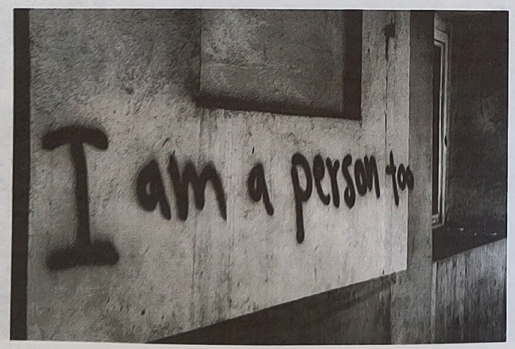
SPUREN DER FLUCHT
192 Seiten, 48 Franken.

Zu bestellen hier:
www.klauspetrus.ch

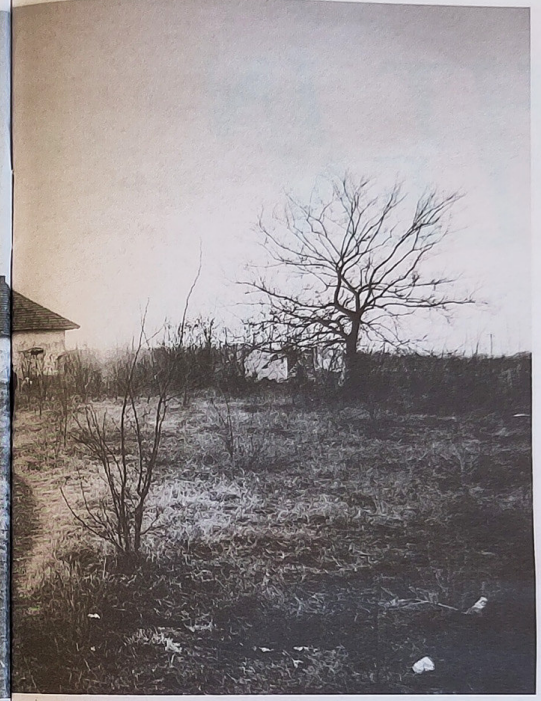
Die Fotos wurden dem 20er von Klaus Petrus/Surprise zur Verfügung gestellt.



Geflüchteter vor einer verfallenen Baracke an der serbisch-ungarischen Grenze nahe von Horgoš, Herbst 2019.

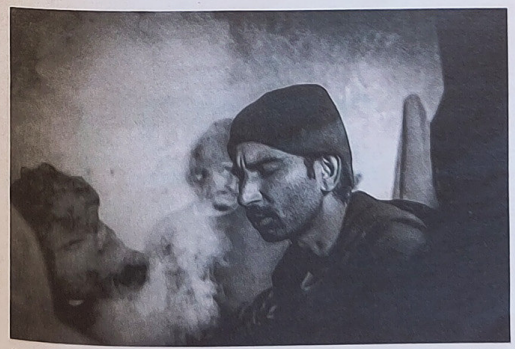


Graffiti am alten Busbahnhof in Belgrad, Frühjahr 2016.



Oben: Gewalt an Geflüchteten, die versuchen, auf eigene Faust oder mit Hilfe von Schleppern über die Grenze zu gelangen, ist an den EU-Aussengrenzen inzwischen zur Normalität geworden. Darunter sind Verrenkungen, Brüche und auch Verbrennungen, Herbst 2020.

Unten: Spielpuppe an der bosnisch-ungarischen Grenze, entlang eines Weges, den Geflüchtete nehmen, Frühjahr 2022.



Amar Z., pakistanischer Flüchtling, in einer verfallenen Baracke an der serbisch-ungarischen Grenze nahe von Horgoš, Herbst 2019.

Kleinkind in einem Zelt in einem verlassenen Haus nahe der bosnisch-kroatischen Grenze, Herbst 2021.

FLUCHT IN ZAHLEN

Flucht ist oft schwer fassbar. Zahlen können dabei helfen, die Geschehnisse einzuordnen und einen Überblick über eine unübersichtliche Situation zu gewinnen.

Text: JAKOB HÄUSLE

112.272
ASYLANTRÄGE
wurden im Jahr 2022 in Österreich gestellt, weit mehr als 2015. Auffällig war der hohe Anteil von Antragstellenden aus Indien, von denen viele wenig Aussicht auf Asyl hatten und oft wieder abreisten. Generell reisten viele Antragsstellende noch während ihres Verfahrens weiter, weswegen das Sozialsystem nicht so wie 2015 belastet wurde und der mediale wie politische Aufschrei weitgehend ausblieb.

972.500
MENSCHEN
haben laut dem UNHCR im Jahr 2015 bis zum 21. Dezember das Mittelmeer überquert. Etwa die Hälfte waren Kriegsflüchtlinge aus Syrien, 20 Prozent kamen aus Afghanistan, sieben aus dem Irak. Mindestens 3.600 dieser Menschen starben oder werden vermisst.

2080
würden in Österreich bei gleichbleibender Geburtenrate nur mehr 6,9 Millionen Menschen leben, wenn die Zuwanderung von heute auf morgen aufhörte. Somit fiele die Bevölkerung bis zum Jahr 2080 auf das Niveau der 1950er-Jahre zurück. Österreichs aktuelles Sozial- und Wirtschaftssystem wäre ohne Zuzug nicht aufrechtzuerhalten.

170.000
FLÜCHTLINGE
kamen in Zeiten der Ungarnkrise 1956/57 nach Österreich, der Großteil emigrierte in die USA und nach Kanada. Etwa 18.000 blieben damals im Land.

88.340
ASYLANTRÄGE
wurden in Österreich im Jahr 2015 gestellt. Davon wurden rund 40 Prozent anerkannt. Die Antragsstellenden kamen primär aus den Ländern Syrien und Afghanistan.

29.724
ASYLANTRÄGE
wurden in Österreich seit 2000 bis 2024 im Durchschnitt pro Jahr gestellt. Der niedrigste Wert betrug 11.012 im Jahr 2010.

8,8
MILLIARDEN EURO
betrugen laut EcoAustria die Netto-Mehrkosten durch Asylmigration in den Jahren 2015 bis 2025. Auf 12,8 Milliarden Euro an Einnahmen kamen 21,6 Milliarden Euro an Ausgaben. Schnellere und vermehrte Integration in den Arbeitsmarkt würde die Kosten erheblich senken.

Quellen: Statistik Austria, Österreichischer Integrationsfonds, Eco Austria, UNHCR, Kurier, Die Presse

61
PROZENT
der befragten Österreicher finden laut dem Integrationsbarometer 2024, dass der Zuzug von Flüchtlingen nicht gut bewältigt wird. Ebenso viele bewerten das Zusammenleben mit Zugewanderten als schlecht. Primär die Einstellung gegenüber Frauen wird von 54 Prozent kritisch gesehen. Ebenso wie die Sorge vor dem politischen Islam und Radikalisierung (52 Prozent).

LAND IN DER SCHWEBE

Wie geht es in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 weiter? Eine Analyse von Simon Kolbe.

Sicherheitskräfte der neuen Regierung in Aleppo im Februar 2025.
© Aaref WATAD/AFP

Am 8. Dezember 2024 fiel das Regime des Machthabers Bashar al-Assad in Syrien, nachdem bewaffnete Gruppen unter Führung der islamistischen Miliz Hayat Tahrir Al-Sham (HTS) das gesamte syrische Staatsgebiet einnahmen und schließlich Damaskus erreichten. Nach mehr als fünf Jahrzehnten der Diktatur und 13 Jahren Bürgerkrieg mit über 14 Millionen Vertriebenen hegen die Menschen in Syrien Hoffnung auf ein Leben ohne Krieg, Zerstörung und Flucht. Die Reaktion aus Europa war jedoch nicht nur: Wie können wir helfen, einen demokratischen Staat aufzubauen, und dringend benötigte humanitäre Hilfe leisten? Vielmehr wurden Stimmen laut, syrische Geflüchtete „rückführen" zu wollen. Denn ihr Herkunftsland wäre nun sicher.

Auch wenn keine großflächigen Kampfhandlungen mehr stattfinden, von Stabilität und Sicherheit ist das Land weit entfernt. Die Übergangsregierung, mit HTS-Anführer Ahmed Al-Sharaa als Staatsoberhaupt, hat zwar versprochen, ein demokratisches System aufzubauen, doch nach Jahren der Unterdrückung, des Krieges und der Menschenrechtsverletzungen scheint das Land in sich gespalten. Syrien ist nicht nur vielfältig an religiösen Gruppen und Minderheiten, es gibt genauso viele bewaffnete Milizen, die sich untereinander so-

Spuren der Zerstörung im Süden von Damaskus im Mai 2025.
© LOUAI BESHARA/AFP

wie dem neuen Regime nicht nur positiv gegenüberstehen. Die Regierung will zwar alle Rebellengruppierungen in eine neue, staatsübergreifende Armee integrieren, jedoch organisieren sich diese häufig im Untergrund und entziehen sich der Kontrolle Al-Sharaas. Teils sind sie ideologisch radikalisiert oder stehen dem alten Assad-Regime nahe. Konflikte aus Zeiten der Diktatur sorgen weiterhin für Auseinandersetzungen. Unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes wurden zu Zeiten Assads die sunnitische Bevölkerungsmehrheit und alle Gegner des Regimes unterdrückt und die religiösen Gruppen des Landes gegeneinander aufgehetzt. So kam es in den letzten Monaten mehrfach zu Angriffen und Massakern an religiösen Minderheiten wie den Drusen und den Alawiten, mit jeweils mehreren hundert toten Zivilisten.

Noch ein weiter Weg.
Doch nicht nur Konflikte innerhalb der Bevölkerung erschweren den Aufbau eines friedlichen Staates, auch andere regionale Kräfte, vor allem die Türkei und Israel, versuchen, Syriens Entwicklung zu beeinflussen. Politikwissenschaftler und Nahost-Experte Thomas Schmidinger spricht deshalb auch von einem „transnationalen Konflikt". Im Norden Syriens hat die Türkei Grenzgebiete besetzt und greift seit Jahren das selbstverwaltete kurdische Gebiet im Nordosten Syriens an. Präsident Recep Tayyip Erdoğan drängt auf die Schaffung eines islamistischen Staates in Syrien und die Auflösung der kurdischen Verwaltung. Gleichzeitig reagierte Israel aggressiv auf den Machtwechsel, zerstörte militärische Infrastruktur Syriens und nahm zusätzliche Gebiete auf den Golanhöhen, darunter den strategisch wichtigen Berg Hermon, ein. Der israelische Präsident Benjamin Netanjahu vertraut der neuen Regierung ebenso wenig wie dem türkischen Einfluss in Syrien, weshalb er mit militärischen Aktionen droht. Obwohl die junge syrische Staatsführung deeskalierend reagiert, der Weg zu einer souveränen Demokratie ist lang. Dabei ist zu bedenken, dass die aktuelle politische Führung des HTS und damit auch Präsident Al-Sharaa bis vor kurzem selbst eine islamistische Kampfmiliz war, die sich erst 2016 von der Terrororganisation Al-Qaida trennte. Das Vertrauen in diese neue Übergangsregierung ist nicht groß. Zwar tritt sie gemäßigt auf und verspricht den religiösen Minderheiten im Land Schutz, politische Mitsprache und Inklusion aller Bevölkerungsgruppen ist aber noch nicht in Sicht. Die Staatsführung besteht mehrheitlich aus sunnitischen Männern und die demokratischen Strukturen der neuen Verfassung hängen stark von einem mächtigen Präsidenten ab. So analysiert Syrien-Expertin Kristin Helberg: „Kurz- und mittelfristig läuft die politische Entwicklung auf ein autoritäres System hinaus, in dem die Macht weiterhin zentralisiert und monopolisiert ist." Wie sich die Lage langfristig entwickelt, hängt davon ab, wann demokratische Wahlen stattfinden können.

> „Kurz- und mittelfristig läuft die politische Entwicklung auf ein autoritäres System hinaus."
>
> KRISTIN HELBERG

Herausfordernder Wiederaufbau.
Nicht nur politisch sind die Lebensbedingungen der syrischen Bevölkerung herausfordernd, nach mehreren Jahren Krieg sind weite Teile des Landes dem Erdboden gleich und die Infrastruktur weitgehend zerstört, Stromausfälle gehören hier zur Tagesordnung. Auch die wirtschaftliche Lage ist prekär und Nahrungsmittel sind knapp. Aktuell leben rund 90 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze und 15 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. „Was den Menschen auch zu schaffen macht, ist die hohe Inflation und dass die lokale Wirtschaft aufgrund der Sanktionen zum Erliegen gekommen ist", berichtet Andreas Knapp, Generalsekretär für internationale Programme der Caritas Österreich. Seitdem die Grenzen zur Türkei wieder offen sind, strömen nun türkische Produkte in das Land, was es für die lokale Wirtschaft noch schwieriger macht. Neben humanitärer Hilfe braucht Syrien Investitionen und Unterstützung aus dem Ausland, um wieder auf die Beine zu kommen. Dass die USA und die EU kürzlich ihre Sanktionen aufgehoben haben, ist ein guter Anfang. Auch humanitäre Hilfsorganisationen konnten seit dem Ende der Kämpfe wieder die Arbeit aufnehmen. „Es hat gedauert, bis unsere Partner vor Ort eine offizielle Erlaubnis bekommen haben, aber die haben sie jetzt", so Knapp.

Bis in Syrien ein friedliches, sicheres und demokratisches Leben möglich ist, muss aber noch viel geschehen. So groß die Hoffnung der syrischen Bevölkerung auf gerechte Lebensbedingungen ist, so vielfältig sind die Unsicherheiten und Herausforderungen. Europa muss seine Aufgabe erkennen, Menschen nicht in diese Unsicherheit abzuschieben, sondern vielmehr den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen und diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen. Um damit langfristig den Übergang zu einem demokratischen System zu sichern.